

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
JURO AVGUSTINović

November 2015

www.kas.de/kroatien/

www.kas.de

Neue Sicherheitsrisiken für Europa

REGIONALE SICHERHEITSKONFERENZ ORGANISIERT VON RACVIAC UND DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN RAKITJE VOM 17. BIS 19. NOVEMBER 2015

Gemeinsam mit dem „Zentrum für Sicherheitskooperation (RACVIAC)“ veranstaltete die KAS vom 17. bis 19. November 2015 die 3. Regionale Sicherheitskonferenz zu den Folgen der aktuellen Flüchtlingskrise für die Sicherheit und Stabilität der Länder in der Region. Im Beisein des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Dr. Hans-Peter Friedrich, diskutierten zahlreiche Sicherheitsexperten aus Südosteuropa über die Lage der Migranten in den Ländern der Region und Strategien zur Bewältigung der daraus resultierenden Sicherheitsrisiken.

Der neue Direktor von RACVIAC, Botschafter **Haydar Berk** eröffnete die Konferenz mit dem Verweis auf die bisher schon sehr erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und dem George C. Marshall Zentrum in Kroatien. Er hob in seiner Begrüßung hervor, dass es das Ziel der Konferenz sei, die aus der Flüchtlingskrise resultierenden Sicherheitsrisiken besser abschätzen zu können und Wege aufzuzeigen, wie man in den Ländern Südosteuropa am besten auf diese Risiken reagieren solle. Er sehe -angesichts dieser Herausforderungen- einen wachsenden Bedarf an internationaler Zusammenarbeit und Solidarität im Kampf gegen den weltweiten Terrorismus.

Der Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kroatien, **Dr. Michael A. Lange**, betonte in seinen einleitenden Worten die wichtige Rolle der Zusammenarbeit zwischen der NATO und EU im Hinblick auf diese neuen Sicherheitsrisiken. Er unterstrich die Verantwortung des sog. „Islamischen Staates“ für die Destabilisierung der Nahostregion welche die EU vor ganz neue

Herausforderungen im Bereich der Grenzsicherung und der Migrationskontrolle stelle. All dies erfordere die Erarbeitung gemeinsamen Standards in der europäischen Migrations- und Asylpolitik sowie die Implementierung eines gerechten Systems zur Lastenteilung innerhalb der Europäischen Union.

In seiner Grußadresse unterstrich der ständige Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kroatien, **Andreas Krauß**, die wachsende Unsicherheit in der Welt weshalb sich die deutsche Außenpolitik um vertrauensbildende Maßnahmen sowohl zwischen der EU und der NATO, als auch zwischen den Konfliktparteien im Nahen Osten bemühe. Man sehe die aktuelle Flüchtlingskrise zwar noch nicht als „Spaltpilz“ innerhalb EU, mahne jedoch an sich daran zu erinnern, dass alle EU Mitgliedstaaten durch ihren Beitritt nicht nur Rechte erhalten, sondern auch Verpflichtungen übernommen hätten.

Der Direktor der George C. Marshall Alumni in Kroatien, **Smiljan Čubelić**, rief dann noch einmal wesentliche Elemente des Schengenregimes in Erinnerung, und bedankte sich bei der KAS für das langjährige Engagement im Bereich des Sicherheitsdialogs in Kroatien.

Die Brigadegeneralin und Leiterin des Militärstabes der kroatischen Staatspräsidentin, **Gordana Garašić**, überbrachte dann die Grüße der Schirmherrin der Veranstaltung, der kroatischen Staatspräsidentin, Kolinda Grabar-Kitarović, der es wegen der gleichzeitig stattfindenden Feierlichkeiten in Vukovar leider nicht möglich war, an der Veranstaltung persönlich teilzunehmen. Gene-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
JURO AVGUSTINOVIĆ

November 2015

www.kas.de/kroatien/

www.kas.de

ralin Garašić erinnerte dann daran, dass die aktuellen Sicherheitsherausforderungen durchaus mit denen in Vukovar und Škabrnja erlebten Gräueln Anfang der 90er Jahren verglichen werden können und dass Europa sicherstellen müsse, dass vergleichbare Übergriffe nicht noch einmal zugelassen werden.

Als Hauptsprecher stellte dann der stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, **Dr. Hans-Peter Friedrich**, die Schwerpunkte der aktuellen Bedrohungslage in Europa dar und ging vor allem auf die jüngsten terroristischen Anschläge in Paris, die allgemeine Flüchtlingskrise und das bedrohte Schengen-Regime ein. Dr. Friedrich ließ die Ereignisse in Syrien und die terroristischen Anschläge in Ankara und Paris noch einmal Revue passieren und konstatierte, dass die Sicherheitsfrage damit wieder einmal an die oberste Stelle der politischen Agenda der EU gerückt sei. Für ihn seien diese terroristischen Angriffe nicht solche die allein den EU-Mitgliedstaaten gelten, sondern zielen auf unserer gemeinsames, westliches Gesellschaftssystem. Obwohl diese Angriffe auf unsere gemeinsame europäische Kultur und Freiheit unabsehbare Spuren hinterlassen werden, böten sie gleichzeitig die Chance zur Überwindung partikularer Interessen und Vereinigung der Anstrengungen zum Kampf gegen den Terrorismus. Für ihn werde die Stabilität der EU jedoch weiterhin im Wesentlichen von der Wirtschaftskraft ihrer Mitglieder und dabei vor allem von jenen an der Schengen Außengrenze bestimmt. Dr. Friedrich erinnerte dann noch daran, dass es unsere Pflicht bleibe, politisch-verfolgten Menschen zu helfen und Solidarität zu zeigen. Diesen Menschen müsse man in Europa eine Perspektive ja vielleicht sogar eine neue Heimat geben, falls dies ihr Wunsch sei. Dafür müsse aber auch ihre Integration in die europäischen Gesellschaften gelingen, damit solche Ereignisse wie in Paris in Zukunft verhindert werden. Zum Schengen-Raum hob Dr. Friedrich hervor, dass es eine Priorität der EU-Außenpolitik sei, an den EU-Außengrenzen Sicherheit und Stabilität zu garantieren, und der die Sorge habe, dass dies momentan nicht gelinge. Abschließend bekräftigte er noch einmal, für wie wichtig er die ökonomische Stabilität Griechenlands

und der anderen Staaten an der Schengen Außengrenze erachte und dass es sehr wichtig bleibe, auch mit Staaten außerhalb der Europäischen Union, welche Transitländer zukünftiger Flüchtlingsströme seien, in Zukunft noch intensiver zusammen zu arbeiten um gemeinsam Lösungen für die wachsende Zahl von Migranten zu finden.

Im Rahmen der ersten Paneldiskussion mit dem Titel: „Neue Sicherheitsherausforderungen für Europa“ sprach **Prof. Dr. Lidija Čehulić Vukadinović** über die Herausforderungen, denen sich die EU momentan gegenübersehe, wie etwa: schwache Institutionen, die EU Finanz- und Schuldenkrise, der Fall Griechenland, der mögliche EU-Ausstieg von Großbritannien, die Flüchtlingskrise und die EU-Sanktionen gegen Russland. Ihrer Einschätzung nach habe sich die Europäische Union bereits in zwei Lager: EU-A und EU-B geteilt, wobei EU-B-Mitgliedstaaten wie die Slowakei, Tschechien und Polen sich etwa der Verteilung bzw. Aufnahme von Flüchtlingen widersetzen. Für Prof. Vukadinović stellt die Flüchtlingskrise nicht nur ein sicherheitspolitisches, sondern auch ein humanitäres und wirtschaftliches Problem dar. Zudem erscheine es ihr, dass die aktuelle Flüchtlingskrise auch auf die kroatische Außenpolitik einwirke, indem sie zu einer Verschlechterung der bilateralen Beziehungen mit fast allen Nachbarländern geführt habe.

Nach ihr zeigte sich **Dr. Sandro Knezović** vom Institut für Entwicklung und internationale Beziehungen besorgt über die Tatsache, dass sich die EU in wachsendem Maße von einem unsicheren Umfeld umgeben sei. Der Krieg in Syrien habe wieder gezeigt, wie schwer es der EU falle, zu einer gemeinsamen Strategie zur Herbeiführung einer Lösung der Krise zu finden. Bisher hätten die Entscheidungen im Rahmen der EU-Sicherheitspolitik keinen entscheidenden Beitrag zum Frieden in der Region geleistet. Außerdem hielt er es für bemerkenswert, dass nun auch EU-Mitgliedsstaaten beginnen der EU den Rücken zu kehren um verstärkt ihre eigenen, nationalen Interessen zu vertreten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
JURO AVGUSTINOVIĆ

November 2015

www.kas.de/kroatien/

www.kas.de

Dr. Robert Barić von der Militärischen Fakultät „Dr. Franjo Tuđman“ beleuchtete ebenfalls die aktuell schwierige Sicherheitslage in Europa und betonte, dass er sie als unmittelbare Folge des „Arabischen Frühlings“ und Terrors des sog. „Islamistischen Staats“ sehe. Er unterstrich, dass es sich bei all dem weniger um ein ökonomisches, als um ein geopolitisches Problem handele. Er sei zudem der Auffassung, dass die EU den Terrorismus innerhalb ihrer Grenzen zwar konsequent bekämpfen müsse dazu aber die Gründung einer EU-Armee nicht notwendig sei und es deshalb vorläufig auch nicht zu einer solchen kommen werde. In der zweiten Paneldiskussion zum Thema: „Die wahre Natur des südosteuropäischen Migrationsstroms“ kritisierte **Prof. Dr. Kristijan Kotarski** von der Universität Zagreb die Migrationspolitik der EU, in dem er ihr vorwarf, dass sie sich nicht ausreichend mit den Ursachen der Flüchtlingskrise beschäftige. Ihm zufolge, sei die Frage, wie gut oder schlecht Migration sei, so allgemein gestellt nicht zu beantworten; vielmehr ginge es darum die Frage zu beantworten, welche Auswirkungen sie für ein Zielland und deren Bevölkerung zeitige. Er warb dann dafür, dass eine funktionale bzw. nachhaltige Migrationspolitik eine bestimmte Anzahl aufzunehmender Migranten bestimmen sollte, damit deren Integration gelingen könne.

Am zweiten Konferenztag ging es dann um Migrationen und die terroristischen Bedrohungen, denen sich Europa ausgesetzt sieht. **Prof. Dr. Olivera Injac** von der Fakultät für Humanistische Studien in Podgorica stellte zu Beginn ihres Vortrags die Frage, ob Europa jetzt ein dauerhaftes Terrorismusproblem haben werde und wie man den Ursachen des Terrorismus besser begegnen könne. Sie äußerte die Überzeugung, dass sich die EU, nach den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001 auf die USA, nicht ernsthaft genug, mit der Gefahr vom Terrorismus beschäftigt habe. Man müsse aber auf jeden Fall das Migrationsproblem von der Frage des Terrorismus trennen. Der Experte für Informationssicherheit, **Nikola Brzica**, unterstrich anschließend in seinem Vortrag, dass ausländische Interventionen im Nahen Osten zur Entstehung

terroristischer Gruppen wesentlich beigetragen hätten. Diese Gruppen würden ihre neuen Mitglieder via Internet und sozialen Netzwerken radikalieren und schließlich für einen Kampfeinsatz mobilisieren. Seiner Meinung nach habe die Flüchtlingskrise bereits 2012 begonnen und der „Flüchtlingsstrom“ bestehe vorwiegend aus Wirtschaftsmigranten. Dann verwies er noch auf die Tatsache, dass bis zum 17. November 2015, insgesamt 406.565 Migranten kroatisches Territorium betreten hätten und 79,8% von ihnen keine Ausweisdokumente bei sich getragen hätten.

In der zweiten Paneldiskussion unter dem Titel: „Der südöstliche Migrationsstrom: Erfahrungen und Strategien“ berichtete der österreichische Polizeiattaché, **Andreas Pichler** es habe zwei Monate gedauert, bis sich die EU-Mitgliedsstaaten auf die Aufnahme und Registrierung der vielen Migranten eingestellt hätten und kritisierte das Verhalten einzelner EU-Mitgliedstaaten, die sich nicht an das Dubliner Abkommen halten würden. Dann ergriff **Dragan Petrović** von der regionalen Initiative „MARRI“ das Wort und meinte, die Sicherheitsbehörden wüssten, wo die Probleme lägen und wie sie zu lösen seien, doch wegen politischer Einflussnahme würden die Grenzen nicht ausreichend gesichert. Die Registrierung aller Migranten sei zudem eine nahezu unmöglich zu erfüllende Aufgabe und er bedauere vor allem die fehlende Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsexperten und Politikern bei der Bewältigung dieser Krise.

In der Frage ob FRONTEX Teil der Lösung sein könne verwies der slowenische Innenminister a. D., **Ivan Bizjak** auf die zurzeit sehr komplexe Situation. Der Schengenraum sei akut gefährdet und drohe dem Druck der Migrationsströme nicht standzuhalten weshalb eine bessere Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten mehr als notwendig sei.

In der Abschlussitzung dankten die Vertreter der Veranstalter noch einmal allen Teilnehmern für ihre engagierten Beiträge und unterstrichen die Bedeutung solcher Veranstaltungen. Man sei sich einig geworden, dass nicht einzelne Länder, sondern nur die EU als Ganzes die Krise überwinden und den Kampf gegen den Terrorismus gewinnen könne.